

13.479 Klarstellung der langjährigen Praxis beim Meldeverfahren bei der Verrechnungssteuer

Vernehmlassung zur parlamentarischen Initiative Fragebogen Kanton Luzern

1.	Besteht in Ihren Augen Gesetzgebungsbedarf in Bezug auf das Anliegen der parlamentarischen Initiative Gasche?
Antwort	Ja. Das von der parlamentarischen Initiative aufgegriffene Anliegen erachten wir als berechtigt. Da auf Stufe Praxis keine befriedigende Lösung gefunden werden konnte, soll nun der Gesetzgeber das Problem lösen.
2.	Welche der in den Artikeln 16 und 20 VStG vorgesehenen neuen Regelungen bevorzugen Sie?
Antwort	a) Diejenige der Mehrheit; X) diejenige der Minderheit; e) eine andere Regelung und wenn ja, wie lautet diese? Wir bevorzugen die Regelung der Minderheit. Die Regelung der Mehrheit (Deklarationsfrist neu als blosse Ordnungsfrist) widerspräche der Systematik der Verrechnungssteuer und würde zu einer sachlich nicht gerechtfertigten Ungleichbehandlung von Unternehmen mit und ohne Anspruch auf ein Meldeverfahren führen.
3.	Sind Sie für eine Inkraftsetzung der neuen Regelung mit oder ohne Rückwirkung (vgl. Antrag der Minderheit II)?
Antwort	Wir sind für eine Inkraftsetzung <u>ohne</u> Rückwirkung. Die von der Mehrheit beantragte Rückwirkung sowie die noch weitergehende Rückwirkung gemäss einer Minderheit erachten wir als gesetzgeberisch und auch rechtsstaatlich bedenklich.
4.	Falls eine Inkraftsetzung <u>mit Rückwirkung</u> beschlossen wird, welche Regelung bevorzugen Sie?
Antwort	X) Diejenige der Mehrheit; b) diejenige der Minderheit I; e) eine andere Regelung und wenn ja, wie lautet diese? Falls trotz unserer Antwort zu Frage 3 eine Rückwirkung beschlossen werden soll, bevorzugen wir die Regelung der Mehrheit.
5.	Befürworten Sie die Einführung einer Eingangsbestätigung (vgl. Kap. 2.6 des erläuternden Berichts)?
Antwort	Ja.